

Offener Brief des Zentralkomitees  
der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands  
(dritter Brief) an die Delegierten des Dortmunder Parteitages  
der SPD und an alle Mitglieder und Freunde  
der Sozialdemokratie in Westdeutschland

Werte Genossen!

Die Entwicklung des Austausches von Meinungen und Argumenten zwischen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der westdeutschen Sozialdemokratie veranlaßt uns, mit der Erwiderung auf die „Offene Antwort“ des Parteivorstandes der SPD (zweite Antwort), deren Wortlaut wir gleichzeitig veröffentlichen, nicht bis nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen zu warten.

Wir sehen, daß eine tiefe Beunruhigung in der Arbeiterschaft, den Kreisen der Intelligenz und unter den werktätigen Bauern um sich greift, weil bekannt wurde, daß die SPD-Führung an Geheimverhandlungen mit der CDU/CSU über die Notstandsverfassung teilnimmt, Besprechungen über den Mitverfügungsanspruch Westdeutschlands auf Kernwaffen führt und es ablehnt, gegen den barbarischen Krieg der USA in Vietnam und seine Unterstützung durch die Erhard-Regierung Stellung zu nehmen.

Unsere Entscheidung, schon jetzt den offenen Dialog fortzusetzen, wurde auch durch den Entwurf einer Entschließung des SPD-Parteivorstandes für den Dortmunder Parteitag „Deutschlandpolitik unter den sich verändernden weltweiten Bedingungen“ beeinflußt. Wir nehmen ihn als eine Art Ergänzung der beiden offenen Antworten des SPD-Parteivorstandes, in denen die von uns aufgeworfenen Grundfragen leider umgangen worden sind.

Aus dem Entwurf entnehmen wir, daß der Parteivorstand der SPD nicht die Absicht zu haben scheint, auf dem Dortmunder Parteitag eine eigene sozialdemokratische Friedenspolitik, eine demokratische Initiative in Westdeutschland, eine eigene sozialdemokratische Deutschlandpolitik, eine Alternative also zu der Revanchepolitik und der bankrotten Deutschlandpolitik der CDU/CSU zu entwickeln. Wir bedauern das.